bermeister von Solingen, Reisch, erklärte dieser Tage, daß die **Notverordnung durchgeführt werde, möge es biegen oder brechen.**

Die sozialdemokratische Kommunalbürokratie ist aufs engste verbunden mit der Bürokratie der Lohnabbaugewerkschaften. Ortmann, der Führer des Gesamtverbandes, der jetzt von sich behauptet, daß er in den Verhandlungen die Interessen der Gemeindearbeiter vertritt, ist selbst sozialdemokratischer Stadtrat in Berlin und als solcher tritt er **für die Durchführung des Lohnabbaues ein.** Die sozialdemokratische Kommunal- und Gewerkschaftsbürokratie berät nur darüber, wie der Lohnabbau durchgeführt werden soll, ohne daß es zu großen Kämpfen kommt. In einer Berliner Instruktorsitzung erklärte der Gewerkschaftsführer Schaum vom Gesamtverband, daß ein **Streik nicht in Frage komme,** weil das von vornherein ein **politischer Streik wäre.**

In Uebereinstimmung damit fährt die SPD-Presse fort, die sozialdemokratische Führung des kommunalen Arbeitgeberverbandes mit den verlogensten Argumenten zu verteidigen. Am 18. August schreibt der „Vorwärts" wieder:

> **„Das große Hindernis bildet die Notverordnung vom 5. Juni die ganz sinnlos die Gemeinden zwingt, die Löhne der Arbeiter der städtischen Betriebe und Verwaltungen den Löhnen der Reichsarbeiter anzugleichen."**

Demgegenüber muß erneut festgestellt werden, daß es die **SPD-Führer waren, und heute noch sind, die die Aufhebung der Notverordnung vom 5. Juni verhindern.** Sie sind voll verantwortlich für diese Notverordnung. Es muß auch den Gemeindearbeitern mitgeteilt werden, daß es die größte Sorge des „Vorwärts" und der übrigen SPD-Presse ist, daß die Gehälter der sozialdemokratischen Bürgermeister usw. nicht abgebaut werden, dafür verwenden sie den meisten Raum. Gegen den Abbau der Löhne der Arbeiter wenden sie sich nur zum Schein mit ein paar Zeilen. Die gesamte SPD-Führerschaft bildet ein einziges Komplott gegen die Gemeindearbeiter.

Die Gemeindearbeiter können zu der SPD-Bürokratie keinen Funken Vertrauen haben. Der Lohnabbau kann nur abgewehrt werden, wenn die Gemeindearbeiter ihr Geschick in ihre eigenen Hände nehmen und der Parole der RGO folgen, die ihnen jetzt zuruft: Ueberall vorbereitende Kampfleitungen wählen und den Kampf aufnehmen.

Gemeindearbeiter wehrt euch!

Der Wille der Gemeindearbeiter, sich zu wehren, ist im Wachsen. In dieser Situation muß dem gesamten werktätigen Volk zugerufen werden, den Kampf der Gemeindearbeiter mit aller Kraft zu unterstützen und volle Solidarität zu üben. Nicht nur, daß dem Lohnabbauangriff auf die Gemeindearbeiter ein Lohnabbauangriff gegen die Gesamtarbeiterschaft folgt, **von einer erfolgreichen Gegenwehr der Gemeindearbeiter hängt es ab, ob der gesamten Abbaupolitik endlich ein Damm entgegengesetzt wird. Darum: alles für den Sieg der Gemeindearbeiter!**

Wieder wird eine wilde Hetze einsetzen, wenn Arbeiter kommunaler Betriebe kämpfen. Aber kein Werktätiger, keine Frau des arbeitenden Volkes, darf sich verhetzen lassen. Die Gemeindearbeiter leiden schon heute bittere Not, und in den Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken wurde die Rationalisierung ebenso rücksichtslos durchgeführt wie in der Privatindustrie. Die Arbeiter der Städtischen Werke sind ebenso schlimm ausgebeutet wie die übrigen Arbeiter.

Die Massen der Arbeitslosen haben ein besonders großes Interesse daran, daß die Lohnabbauoffensive abgewehrt und der Siebenstundentag mit vollem Lohnausgleich erkämpft wird, sie werden wie bisher volle Solidarität üben. Die Bürokratie des Gesamtverbandes verleumdet zur Zeit die Arbeitslosen, daß sie angeblich nur auf den Moment warten würden, um Streikbruch verüben zu können. **Diese infame Verleumdung, die von allen bisher bekannten Tatsachen widerlegt wird, muß auf das schärfste zurückgewiesen werden.** Besonders eng ist das **Bündnis zwischen den ständigen Gemeindearbeitern und den Pflichtarbeitern.** Gerade die Pflichtarbeiter haben bisher in zahlreichen Versammlungen ihren **Kampfwillen zum Ausdruck gebracht,** an verschiedenen Orten sind sie **bereits in den Streik getreten,** sie stehen in der vordersten Kampfreihe. Betriebstätige und Arbeitslose, alle Angehörigen des werktätigen Volkes, müssen jetzt ein Kampfbündnis bilden, um den Lohnabbau abzuwehren und mit den Gemeindearbeitern um deren Forderungen kämpfen:

Keinen Pfennig Lohnabbau!
Zurückerstattung des schon gekürzten Lohnanteils!
Voller Lohn für die Pflicht- bzw. Wohlfahrtsarbeiter!
Verbot aller Ueberstunden!
Vierzigstundenwoche mit vollem Lohnausgleich!

Republik schützt Riesenpensionen

230 Millionen Pension für Offiziere

Aber Lohnabbau für Arbeiter, kleine Gehaltsempfänger / Volkskampf gegen Drohnentum

Auf Veranlassung der Brüning-Regierung und der sozialdemokratischen Preußenregierung sollen auf Grund der Notverordnung 380 000 Gemeindearbeitern die Löhne radikal gekürzt werden. Die unteren Beamten sollen erneut ein „Notopfer" in Höhe von wenigstens 4 Prozent bringen. So will es die Brüning-Regierung, so wollen es die reformistischen Gewerkschaftsführer, die die Notverordnungen unterstützen und die jeden Abwehrkampf der Arbeiter, Angestellten und Beamten erdrosseln wollen. Wie aber steht es mit den gewaltigen Höchstpensionen in Deutschland? Reichsfinanzminister Dietrich läßt mitteilen, daß an einen Abbau der Generalpensionen nicht zu denken ist.

Wie gewaltig aber die Ausgaben für kaiserliche Generäle und für Offiziere sind, zeigt nachfolgende Aufstellung, die an Hand eines amtlichen Dokuments aus dem Jahre 1926 gemacht worden ist. Inzwischen dürfte sich die Zahl der Pensionsbezieher eher erhöht als verringert haben. Danach erhalten:

136 Generäle	16 983,—	**M. Jahrespension pro Person**
278 Generäle	13 815,—	„ „ „ „
166 Generäle	13 023,—	„ „ „ „
681 Generäle	11 472,—	„ „ „ „
338 höhere Offiziere	10 152,—	„ „ „ „
17 Admiräle	16 983,—	„ „ „ „
26 Vizeadmiräle	13 815,—	„ „ „ „
5 höhere Marineoffiz.	13 023,—	„ „ „ „
58 Konteradmiräle	11 472,—	„ „ „ „
6 Marineoffiziere	10 152,—	„ „ „ „

Hierzu kommen noch 32 Aerzte in Generalstellung mit einer Gesamtpension von 354 000 Mark. **Es ergibt sich also, daß 1753 Generäle und Offiziere aus der alten kaiserlichen Armee von der Republik eine Pension von insgesamt 21 358 000 Mark pro Jahr erhalten.** Diesen Großpensionären soll auf Anordnung des „Frontkämpferkabinetts" Brüning, das seine festeste Stütze in der Preußenregierung hat, **kein roter Pfennig gekürzt werden.** Dieser Skandal ist um so größer, wenn man bedenkt, daß **rund 210 Millionen Mark Pensionen noch an Offiziere des mittleren Grades ausgezahlt werden.**

In der letzten Nummer des sozialdemokratischen „Freien Wortes", redigiert von Ernst Heilmann, einem der größten Schwerverdiener der SPD, fragt ein SPD-Arbeiter an, warum die Sozialdemokratische Partei keinen Volksentscheid gegen die Höchstpensionen befürwortet. Ernst Heilmann antwortet darauf, daß ein solcher Volksentscheid „gesetzwidrig" sei. Aber vielleicht wird den sozialdemokratischen Arbeitern klar, warum auch die SPD-Führer keinen Pfennig an den Großpensionen streichen wollen, wenn sie erfahren, **daß es hunderte von SPD-Führern gibt, die gerade an diesen hohen Pensionen persönlich interessiert sind.** Man denke nur an die gewaltigen Pensionen, die bereits **über ein Dutzend ehemaliger sozialdemokratischer Minister** beziehen. Allein sieben ehemalige Reichsminister der SPD sitzen in der gegenwärtigen sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Sechzehn ehemalige sozialdemokratische Staatsminister der verschiedenen Länderregierungen erhalten zum Teil **hohe und höchste Pensionen.** Hinzu kommen die sozialdemokratischen Reichskommissare a. D., die ehemaligen Staatsräte, die Ministerialräte, die 16 Polizeipräsidenten, die 36 gezählten Oberbürgermeister und Bürgermeister, die Regierungspräsidenten, die Regierungsräte und die Regierungskommissare, die alle entweder Pensionen beziehen oder darauf warten, daß sie pensionsreif werden. Dieser ganze Heerestyp von Pensionsbeziehern und -anwärtern, die größtenteils auch noch ihre Pensionen schwerreiche Leute sind, und zudem noch meistens Abgeordnete, **fühlen sich mit den übrigen Großverdienern als ein Herz und eine Seele. Daher** ist es auch nicht verwunderlich, **wenn die Sozialdemokraten** im Reichstag stets die **kommunistischen Anträge auf Herabsetzung der Pensionen auf den Höchststand von 6000 Mark im Jahr abgelehnt haben.**

So berechtigt die Empörung der breiten Massen der Arbeiter, der Angestellten, Beamten und Erwerbslosen, denen man Mark für Mark abknöpft, ist, so muß man doch erkennen, daß es ja das **Wesen** einer kapitalistischen Regierung ist, den **Armen alles zu nehmen, um es der eigenen, der kapitalistischen Klasse, zu schenken.** So ist es beim Lohnabbau, durch den man den Profit für die Unternehmer erhöhen will, so ist es beim Unterstützungsraub für die Erwerbslosen, durch den man erst die hohen Pensionen ermöglichen kann. **Daher ist jeder Kampf der Arbeiter gegen den Lohnraub, jeder Kampf der Erwerbslosen gegen den Unterstützungsraub zugleich ein Kampf gegen diejenigen, die aus der Not des Volkes noch ihre Millionengewinne ziehen. Diesen Kampf kann einzig und allein die Kommunistische Partei und die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition organisieren und führen.**

UB-Frauenkonferenz, 30. August

In allen Betrieben,
in allen Stempelstellen,
in jeder Massenorganisation,
in jeder öffentlichen Versammlung

wählt Delegierte zur Konferenz werktätiger Frauen des Unterbezirks Dresden am Sonntag, dem 30. August, im Reißiger Hof.

Meldet sofort die gewählten Delegierten an das Komitee werktätiger Frauen, Dresden, Columbusstraße 9.

Glänzender Einheitskongreß werktätiger Frauen

35 Aufnahmen in die KPD / Protest gegen die polizeiliche Besetzung des Karl-Liebknecht-Hauses

Stettin, 17. August. (Eig. Bericht.)

Am Sonntag dem 16. August fand hier der 3. Einheitskongreß werktätiger Frauen für Mittelpommern statt.

Aus 22 Orten waren 119 Frauendelegierte der verschiedensten Berufsgruppen erschienen. **97 Frauendelegierte waren parteilos,** von denen nach dem Referat der Kollegin Grete Hahne (Berlin) und einer regen Diskussion, an der sich 18 Frauendelegierte beteiligten, **35 ihren Eintritt in die KPD vollzogen. Weitere 6 Delegierte traten der RH** als Mitglieder bei. Ebenfalls wurden **Aufnahmen für die RGO, für den Kampfbund, die IAH** und die proletarischen **Freidenker** erzielt.

16 Frauen und Mädchen wurden als Delegierte zu dem Ländertreffen am 18. Oktober in Berlin vorgeschlagen und einstimmig gewählt. Ein vom Bezirkskomitee werktätiger Frauen vorgelegter **Kampfbeschluß** zur weiteren Mobilisierung der werktätigen Frauen in Stadt und Land fand einstimmige Annahme.

Weiter wurde eine Resolution, die sich gegen die Besetzung des Karl-Liebknecht-Hauses der KPD in Berlin und den Brüning-Severing-Kurs richtete, sowie eine Resolution, die die Aufhebung des Verbotes der „Kämpferin" fordert, angenommen. Mit dem Gesang der „Internationale" fand die eindrucksvolle Kampftagung der werktätigen Frauen Pommerns ihren Abschluß.

Streiksieg der Talsperrenarbeiter

Die Belegschaft der Firma Müller, Krause & Solbrig beim Bau der Seidenbach-Talsperre trat geschlossen in den Streik. Einem Teil der Kollegen sollte der Akkordlohn pro Tori von 2,40 auf 2,10 RM gesenkt werden. Die Belegschaft beantwortete den Lohnabbau damit, daß sie geschlossen in den Streik trat. Da es der Firma nicht gelang, die einzelnen Akkordkolonnen gegeneinander auszuspielen, zog sie ihre Forderung nach eintägigem Streik zurück.

Dieses Beispiel zeigt aufs neue, daß durch kampfbereite Geschlossenheit der Belegschaften der Angriff der Unternehmer abgeschlagen werden kann.

Neuer Bankskandal

Nachdem die Danat- und die Dresdner Bank auf Kosten des Reiches, d. h. der Steuerzahler, saniert worden sind, wird jetzt bekannt, daß diese Sanierungspolitik auch bei der Schrader fortgesetzt wird.

Die Verluste dieser Bank betragen rund 45 Millionen RM, das ist die Hälfte mehr als das gesamte Aktienkapital und die Reserven der Bank. Die fehlenden 15 Millionen RM werden jetzt restlos von der freien Stadt Bremen übernommen.

Die Bank soll in neuer Firmierung wieder erstehen, und zwar als „Norddeutsche Vereinsbank AG" mit einem Kapital von 12 Millionen RM. Reich und Stadt Bremen übernehmen dabei für 7 Millionen RM Aktien. Die neue Bank soll außerdem aus Reichsmitteln einen Betriebskredit von 25 Millionen RM erhalten.

Nazis besorgt um Finanzkönige

Das Nazi-Blatt „Der Freiheitskampf" in seiner grünen Ausgabe, „hofft entgegen den ursprünglichen Erwartungen auf einer Einigung zu kommen". Dieser fromme Wunsch bezieht sich auf die Verhandlungen der Vertreter des internationalen Finanzkapitals in Basel. Am Schluß heißt es: „Der deutsche Vertreter, Dr. Melchior, hat die Notwendigkeit nachgewiesen, daß Deutschland, wenn es nicht wirtschaftlich auf ein Minimum reduziert werden soll, unbedingt eine langfristige Anleihe braucht, über deren Höhe genaueres bis zur Stunde noch nichts zu erfahren ist."

So betteln diese Volksbetrüger, die vor kurzem noch „Generalstreik gegen Young!" schrien, bei den internationalen Finanzkönigen für die deutschen Großkapitalisten. In der Tat, jeder **ehrliche Kämpfer für die Befreiung des werktätigen Deutschland vom Großkapital kann feststellen, daß diese Naziführer ehrlosergebene Kreaturen der Ausbeuterbande sind wie die SPD-Führer. Ihre Politik ist, wie aus den eigenen Zeilen des Freiheitskampfes hervorgeht, nicht Brechung der Zinssklaverei, sondern Erhöhung der Zinsbelastung. Entlarvt diese feigen Volksbetrüger, wo sie versuchen, durch demagogische Parolen ihre wirkliche Rolle zu verschleiern.**

Achtung! Provokateure!

Bezirksleitung Sachsen der KPD warnt Parteigenossen und klassenbewußte Arbeiter

Die Bourgeoisie und die sozialdemokratische Führerschaft betreibt eine wahnsinnige Mord- und Verbotshetze gegen die Kommunistische Partei. Mit allen Mitteln sucht sie „Material" zusammeln, das zu einer Rechtfertigung eines Verbots dienen soll. Gegner der revolutionären Arbeiterbewegung schrecken vor keinem Mittel zurück, das ihnen im Kampf gegen die Arbeiterklasse nützlich erscheint. Zu den Kampfmethoden der Feinde der revolutionären Arbeiterbewegung hat schon immer gehört die Verwendung von Lockspitzeln und Provokateuren.

In diesen Tagen der verstärkten Hetze und Vorbereitung zu einem Verbot der Kommunistischen Partei, tauchen, wie das zu erwarten war, in den verschiedensten Stellen der Parteiorganisation Provokateure und Lockspitzel auf, die Parteigenossen und revolutionäre Arbeiter zu unüberlegten Handlungen zu provozieren versuchen, die Waffen zum Verkauf anbieten, zu sinnlosen bewaffneten Aktionen auffordern usw.

Wir weisen die gesamte Mitgliedschaft unserer Partei und alle revolutionären Arbeiter auf die Gefahr die in der Tätigkeit dieser Provokateure liegt hin, und fordern die gesamte revolutionäre Arbeiterschaft auf, überall, wo solche Subjekte auftauchen, ihnen schnellstens das Handwerk zu legen. Jedes Mitglied der Partei, welches durch Unvorsichtigkeit Provokateuren Vorschub leistet, hat seinen Ausschluß aus der Partei zu gewärtigen.

Die Kommunistische Partei läßt sich nicht provozieren. Die Partei des revolutionären Proletariats geht unbeirrt ihren Weg zur Organisierung des Kampfes der Arbeiterschaft um ihre Befreiung.

BL der KPD

Ein Provokateur gestellt

Am Montag wurde festgestellt, daß ein Provokateur eine große Betriebsamkeit an der „Arbeiterstimme" entwickelte, der offensichtlich die Aufgabe hatte, die Polizeiaktion gegen die Kommunistische Partei zu unterstützen. Der Mann tritt auf als „AJB-Mann". Darüber liegt folgender Bericht vor.

Früh 9 Uhr stand unter anderen ein „Genosse" mit grauer Cordjacke und grauer Mütze vor der Arbeiterstimme, besonders auffallend durch seinen süddeutschen Dialekt. Eine halbe Stunde später kam derselbe in die Räume der Druckerei und verlangte den Genossen D., der in Hermsdorf bei Königstein wohnt, zu sprechen mit der Begründung: D. müsse sofort mit dem Motorrad losfahren und den Genossen L., der in Leutewitz sei „sicher fortbringen". Auf die Frage, wer ihn **beauftragt habe, antwortete er: Der Genosse Otto Gäbel.** Das war unglaublich, da der Genosse G. im Hause war. Der Betreffende verschwand im selben Moment als seine Behauptung geprüft werden sollte, die sich als Schwindel herausstellte. Also war klar, daß hier Provokateurarbeit vorlag mit dem Zweck, Funktionäre zusammenzubringen und beide irgendwo verhaften zu lassen.

Nach anderthalb Stunden kam der Bursche wieder mit der Meldung, soeben sei L. verhaftet worden. Dieser Bursche ist erkannt. Es wird seiner Tätigkeit ein Ende bereitet werden.

Thüringer Volksblatt 3 Wochen verboten

Unser Bruderorgan, das Thüringer Volksblatt, wurde am 17. August auf die Dauer von drei Wochen von dem Oberpräsi-

Der 4. Strafsenat des Reichsgerichts hat, unter Vorsitz des Reichsgerichtsrats Dr. Baumgarten, die Beschwerde gegen das Verbot des Armen Teufels für die Oberlausitz auf Kosten des Verlages abgewiesen.

Sozialdemokraten verlangen Verschärfung des Waffengebrauchs

Der Reichsbund Deutscher Polizeibeamten, eine sozialdemokratische Gewerkschaft, macht eine Eingabe an den Reichspräsidenten und die Reichsregierung, in der sie fordert, daß auf Grund des Artikels 48 Sondergerichte eingesetzt werden, die gegen alle unbefugten Träger von Schußwaffen mit schärfsten Strafen vorgehen sollen.

Weiter verlangt diese Organisation vom preußischen Innenminister, daß die „Kann"-Bestimmungen der Waffengebrauchsvorschrift in „Muß"-Vorschriften umgeändert werden. Es würde dann in der Waffenvorschrift nicht mehr heißen: „Der Beamte darf von der Waffe Gebrauch machen . . .", sondern: „Der Beamte ist verpflichtet, von der Waffe Gebrauch zu machen . . .".